



Foto: Vera Tammen für DIE ZEIT, Johannes Ait (U)

Ali Ertan Toprak, 49, lebt in Hamburg. Er stammt aus der Türkei und ist Alevit. Als CDU-Mitglied setzt er sich seit vielen Jahren für Integration ein

Die Vertreibung der Katholiken

Wie das Erzbistum Hamburg die Jugend verprellt **VON RAINER ESSER**

Die Eigenwerbung klingt gut. »Der christliche Glaube ist die Grundlage unseres Wirkens«, versprechen Schulen des Erzbistums Hamburg auf ihrer Homepage, man wolle »gemeinsam Gott und die Welt entdecken«. Doch nach den Intrigen der letzten Wochen und Monate um die katholischen Schulen stellt der kritische Beobachter erschüttert fest: alles nur hohles Gerede. Die Spitzen des Erzbistums, allen voran Erzbischof Stefan Heße und sein Generalvikar Ansgar Thim, hatten offenbar zu keiner Zeit ein Interesse oder gar den Willen, Hamburgs katholische Schulen in ihrer Gesamtheit zu erhalten.

Stattdessen bekräftigten sie jetzt ihre heiß umstrittene Entscheidung vom Jahresanfang, Schulen zu schließen. Nach monatelangen Gesprächen sagt Erzbischof Heße am 27. Juni, sechs kirchliche Gremien hätten eine weitere Zusammenarbeit mit der Retterinitiative »Hamburger Schulgenossenschaft« abgelehnt. Als Vorlage hatten diese Gremien allerdings nur ein Schreiben von Ansgar Thim, in der er der Initiative schwere Vorwürfe machte. Ein direktes Gespräch zwischen Kirchengremien und der Initiative lehnten er und der Erzbischof ab.

Zur Vorgeschichte: Alles begann mit dem Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine deutliche Unterdeckung in der Finanzierung der katholischen Schulen feststellte. Daraufhin verfielen Stefan Heße und Ansgar Thim in Panik und verkündeten zur vollkommenen Überraschung der Hamburger Katholiken am 19. Januar, es würden demnächst fünf von 21 katholischen Schulen in Hamburg geschlossen, drei weitere erhielten eine Gnadenfrist. Bei den fünf Schulen verfügten sie einen sofortigen Aufnahmestopp für neue Schülerinnen und Schüler. All dies unternahm sie, ohne mit dem Hamburger Schulsenator oder der Gesamtelternvertretung der Schulen oder ihren 184.000 Gemeindegliedern in Hamburg gesprochen zu haben. Besonders bemerkenswert war, dass drei der betreffenden Schulen im strukturschwachen Harburg liegen, während die Schulen in wohlhabenderen Bezirken der Stadt nicht betroffen sind.

Wenig später trat eine Initiative zur Rettung der Schulen auf den Plan, warb Spendenzusagen in Millionenhöhe ein und versuchte immer verzweifelter, mit den Kirchenfürsten ins Gespräch zu kommen. Erst nach Demonstrationen, an denen teilweise 5000 Eltern und Schüler teilnahmen, konnte sich die Kirche zu einem solchen Schritt durchringen. Eingaben beim Schulsenator der Stadt oder bei wohlhabenderen deutschen Bistümern mit der Bitte um Hilfe unterblieben weiterhin. Mitte Juni wurde schließlich – eher widerwillig – ein Pilotprojekt für den Erhalt von drei Schulen zwischen dem Erzbistum und der Initiative verabredet.

Dann kam Ende Juni der Schock: Sechs kirchliche Gremien hätten die weitere Zusammenarbeit mit der Initiative abgelehnt, verkündete der Erzbischof ohne weitere Begründung. Durchgesickert ist, dass sein Generalvikar mit unsachlichen, wenig schmeichelhaften Äußerungen über die Initiative und deren Macher – hoch angesehene Hamburger Bürger – seine Gremien gefüttert hat und ihr negatives Votum kräftig beförderte: Es habe kein tragfähiges finanzielles Konzept vorgelegen; das Ganze sei ein Täuschungsmanöver, um die Schulen aus der Struktur des Bistums zu entfernen.

So geht die katholische Kirche in Hamburg zugrunde. Denn die Schulen sind der Nährboden des Katholizismus in der Diaspora. Hier entsteht das kirchliche Leben, hier wächst der Glaube der kommenden Generationen. Zwar: Wirtschaftliche Not lässt sich nicht leugnen. Aber: Die arrogante und intrigante Exekution einer in Panik und ohne wirtschaftlichen Sachverstand getroffenen Entscheidung lässt nun die Katholiken Hamburgs verstört und einsam zurück.

Warum agiert das Erzbistum so? Aus Angst, Macht abzugeben durch eine gemeinsame Führung der Schulen? Aus Angst, mit Sachverständigen aus den Gemeinden die eigenen Entscheidungen nochmals zu prüfen und vielleicht gar zu revidieren? Aus Angst, Fehler zuzugeben?

Christlich wäre es, all dies mit den Betroffenen selbstkritisch zu diskutieren und solidarische Lösungen auszuloten. Denn Christen sind Brückenbauer, keine Brückenwächter. Und eine zentrale Botschaft des Neuen Testaments lautet: Fürchtet euch nicht! Wer aber aus Furcht Schulen schließt und seine Gemeinde heimatlos macht, reißt Brücken ein und wird bald vor leeren Kirchenbänken predigen.



Rainer Esser ist Geschäftsführer des Zeitverlages. Der Katholik lebt seit Langem in Hamburg

Was wir nicht sagen durften

Beim Integrationsgipfel der Kanzlerin wurde nur ein Positionspapier der Migranten präsentiert. Es gab aber zwei **VON ALI ERTAN TOPRAK**

Wären die Fetzen geflogen, wenn wir zu Wort gekommen wären? Mitte Juni lud die Bundeskanzlerin zum zehnten Mal zum Integrationsgipfel. Das führte im Vorfeld zu heftigen Debatten unter den Migrantenorganisationen, ob ein gemeinsames Positionspapier für den Gipfel das Richtige sei. Doch davon bekam die Öffentlichkeit nichts mit. In den Medien bestimmte der Streit zwischen Seehofer und Merkel die Schlagzeilen, und offenbar hatte die Bundesregierung kein Interesse daran, dass der sonst beschworene Pluralismus zum Tragen käme.

Der fundamentale Streit über den richtigen Weg in der Integrationspolitik, er durfte beim Gipfel nicht sichtbar werden. Nur die Vertreter einer Position erhielten Gelegenheit, im Bundeskanzleramt ihr Papier komplett vorzustellen und es zu verteilen. Auch bei der anschließenden Bundespressekonferenz mit der Kanzlerin wurde nur eine Position vorgetragen – und zwar von Ferda Ataman, Sprecherin der Neuen Deutschen Organisationen (NDO). Ataman hatte bereits beim Gipfel 15 Minuten Redezeit gehabt; ebenso Ferhad Dilmaghani als Vertreter von Deutsch Plus (im Netzwerk der NDO) sowie die Gleichgesinnte Marta Neüff vom Polnischen Sozialrat, die das komplette Positionspapier einer Mehrheit der Migrantenverbände vortrug – unter dem von der Kanzlerin befürworteten Titel »Gemeinsam Demokratie stärken, gemeinsam Werte leben«.

Der Titel klang gut. Das Thema des Gipfels auch: »Heimat, Werte und gesellschaftlicher Zusammenhalt«. Merkel hatte vorab ein Positionspapier der Migrantenorganisationen erbeten. Schnell stellte sich heraus, dass es keinen Konsens geben würde. Während die Vereinigungen, zu denen auch die NDO gehören, ein Papier aus der Opferperspektive vorlegten, forderten andere Migrantenorganisationen wie die Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantverbände in Deutschland (BAGIV), deren Sprecher ich bin, eine selbstkritische Position, die nicht alle Integrationsprobleme der Mehrheitsgesellschaft und dem Staat auflädt. Das wurde von den Verfassern des offiziellen Gipfelpapiers völlig ignoriert. So kam es zu einem zweiten Positionspapier, das noch vor dem Gipfel an das Bundeskanzleramt übergeben wurde.

Wir durften wir es im Plenum vorstellen noch gedruckt auslegen. Stattdessen gab es die drei einvernehmlichen Redebeiträge von je etwa 15 Minuten Länge. Bei der Debatte danach hatte jeder Redner etwa zwei bis drei Minuten. Auch ich selbst konnte nur kurz sagen, dass es einen Dissens unter den Migrantenorganisationen gibt – und ein zweites Positionspapier. Warum wurde der Streit unterdrückt?

Bislang war ich froh über den Integrationsgipfel als solchen. Seit dem Jahr 2006 sollte er den offenen Dialog zwischen Bundesregierung und Migranten stärken. Diesmal nahmen am Gipfel unter der Führung der Kanzlerin wieder bis zu 50 Migrantenorganisationen teil, dazu Vertreter von Bundesländern, Wirtschaft, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften. Insgesamt waren wir etwa hundert Teilnehmer. Die BAGIV, die das kritische Papier formulierte, ist der älteste und größte Spitzenverband der Migrantendachorganisationen. Sie ist Sprachrohr von etwa drei Millionen Migranten, verteilt auf 14 Verbände: Kurden, Spanier, Portugiesen, Vietnamesen, Serben, Kroaten, Assyrer, Armenier, Griechen, Ukrainer, Iraner. Darüber hinaus wurde unser Papier vom Bundesverband der Russischen Eltern und vom Netzwerk der Afrikanischen Verbände unterzeichnet. Warum wurden wir blockiert?

Es ist ja ein Verdienst von Angela Merkel, dass mit der Deutschen Islamkonferenz und dem Integrationsgipfel zwei Foren geschaffen wurden, auf denen die Migranten und der Staat auf Augenhöhe miteinander reden. Doch beide Konferenzen wirken mittlerweile wie Alibiveranstaltungen, die gerade nicht dem leidenschaftlichen Streit dienen, sondern dem Vorgaukeln eines Konsenses, den es nicht gibt. Warum? Offenbar ist es politisch erwünscht, dass Zuwanderer sich als Opfer präsentieren. In Zeiten gesellschaftlicher Spaltung wirkt das allerdings kontraproduktiv. Da helfen nur integrative Lösungsansätze auf der Basis gemeinsamer Werte – nicht einseitige Schuldzuweisungen.

Dass sich die Migrantenverbände nicht auf eine gemeinsame Erklärung einigen konnten, ist ja auch ein gutes Zeichen. Es beweist: Die sogenannten Migranten sind eben kein homogener Block. Sie sind wie die deutsche Mehrheitsgesellschaft vielschichtig und unterschiedlich. Viele von uns sind längst besser integriert, als Politik und Medien glauben. Auch wir

haben unterschiedliche Antworten auf die große Frage: Was geschieht, wenn Europa die Flüchtlingspolitik nicht gemeinsam und wertegesteuert angeht? Dann, so die Kanzlerin, »wird niemand mehr an unser Wertesystem glauben«. Doch warum sendet Merkel in ihrer Integrationspolitik gegensätzliche Signale? Warum wird unser Wertesystem nicht nach innen verteidigt?

Die Bundesregierung hat leider auch diejenigen gestärkt, die sich einer Wertedebatte verweigern oder unser Wertesystem in Deutschland sogar ablehnen. Brisantestes Beispiel ist die Deutsche Islamkonferenz, in der ein aus der Türkei gesteuerter politischer Islam dominierte. So richtig es war, sich bundespolitisch gegen Islamfeindlichkeit zu positionieren, so unverständlich ist, dass die Bundesregierung mit Islamvertretern kooperiert, die eine antiwestliche Tradition propagieren und liberale Muslime ausgrenzen.

Doch zurück zum Gipfel. Was dort fehlte, war vor allem Selbstkritik, etwa eine kritische Stellungnahme zu antisemitischen Tendenzen innerhalb der Migrantengruppen. Stattdessen wurde Antisemitismus einseitig der deutschen Mehrheitsbevölkerung zugeschrieben.

Warum stört mich das? Ausgerechnet jene Migranten, die in Deutschland heute wichtige Positionen einnehmen, ob in Staat, Gesellschaft oder Medien, erheben permanent Rassismuskritik gegen die Deutschen. Obwohl sie selbst positive Beispiele für Migration sind, suggerieren sie, Deutschland sei vor allem ein diskriminierendes Land. Statt junge Zuwanderer aufzufordern, sich als Bürger mit diesem freiheitlichen Staat zu identifizieren, drängt man sie in eine bequeme Opferrolle.

Das aber ist es, was die meisten Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht wollen: Opfer sein. Wir selbst oder unsere Eltern sind nach Deutschland gekommen, weil dieses Land uns Freiheit und Liberalität versprach. Wir brauchen keinen Sonderstatus. Es reicht uns völlig, als Bürger mit anderem kulturellen Hintergrund gleichberechtigt zu sein. Natürlich wollen wir positiv wahrgenommen werden. Wir wollen nicht diskriminiert werden, aber wir wollen auch keine deutschlandkritische Minderheit sein. Beim Integrationsgipfel stellten die Neuen Deutschen Organisationen Forderungen im Namen

Ali Ertan Toprak

ist Bundesvorsitzender der **Kurdischen Gemeinde** Deutschlands und Präsident der **Bundesarbeitsgemeinschaft der Immigrantverbände** (BAGIV). 1969 in Ankara geboren, kam er im Alter von zwei Jahren mit seiner Familie nach Deutschland. Toprak studierte Rechts- und Sozialwissenschaften und trat der **CDU** bei. Er war Mitglied der **Deutschen Islam Konferenz**, seit 2006 ist er ständiger Teilnehmer des Integrationsgipfels. Er ist auch im ZDF-Fernsehrat.